

BETRIEBSRÄTEKONFERENZEN IN NRW 2007/2008 DOKUMENTATION DER LANDESGRUPPE NRW

Einladung der Landesgruppe zu den Betriebsrätekonferenzen

Ob Mehrwertsteuererhöhung, Gesundheitsreform oder Rente mit 67: Die schwarz-rote Regierung unter Kanzlerin Merkel hört nicht auf, den Beschäftigten in die Tasche zu greifen. Diese Politik trägt dazu bei, dass Deutschland bei der Reallohnentwicklung mittlerweile Schlusslicht in Europa ist.

Seit zehn Jahren gibt es hierzulande keinen realen Lohnzuwachs. Über diesen langfristigen Trend zur Lohnabsenkung können auch die relativ guten Tarifabschlüsse in diesem Jahr nicht hinwegtäuschen. Heute wird die Arbeit nicht nur



Landesgruppe v.l.n.r.: Paul Schäfer, Ulla Lötzer, Sevim Dagdelen, Inge Höger, Ulla Jelpke, Hüseyin Aydin

schlechter bezahlt als vor zehn Jahren. Sie ist auch zunehmend unsicherer geworden. Mit den Arbeitsmarktformen der Regierungen Schröder und Merkel wurde ein unerträgliches Maß an Deregulierung erreicht, kritisiert der DGB. Die Zahl der Zeitarbeiter hat sich seit 2003 auf 650.000 verdoppelt; 18 Prozent der Erwerbstätigen sind Minijobber, weitere 600.000 Menschen arbeiten als Ein-Euro-Job

ber, und 440.000 Vollzeitbeschäftigte verdienen so wenig, dass sie auf Hartz IV angewiesen sind.

DIE LINKE ist angetreten, um den Beschäftigten im Bundestag wieder eine Stimme zu geben und den politischen Gegendruck zu erhöhen. Wir wollen die Rücknahme von Hartz-4 und Rente mit 67.

DIE LINKE fordert im Einklang mit den Gewerkschaften die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und setzt sich für das Recht auf politischen Generalstreik ein. Auf dieser Konferenz wollen wir mit Vertretern aus Betrieb und Gewerkschaften Bilanz ziehen, Anregungen aufnehmen und gemeinsame Handlungsfelder ausloten. **Dazu laden wir alle Interessierten recht herzlich ein:** Hüseyin Aydin, Ulla Lötzer, Ulla Jelpke, Inge Höger, Sevim Dagdelen, und Paul Schäfer

Aufruf der Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter
Jetzt geht es los!
DIE LINKE ist da!

Wir – Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Nordrhein-Westfalen treten jetzt in die neue Partei ein und rufen alle noch zögernden Kolleginnen und Kollegen auf: Kommt mit in DIE LINKE! Wir brauchen eine starke Partei, die auch in den Betrieben und Verwaltungen verankert ist, um gegen die neoliberale Ausrichtung der Gesellschaft Gegendruck zu entfalten. Nur DIE LINKE steht im Bundestag für eine friedliche und soziale Politik.

Zum Beispiel für einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 8 Euro. DIE LINKE kämpft gegen die Rente mit 67. Und DIE LINKE lässt nicht locker. Hartz IV muss weg! DIE LINKE unterstützt gewerkschaftliche Kämpfe gegen Privatisierung, Personalabbau und Lohnsenkung.

DIE LINKE steht nicht nur für eine familienfreundliche Politik, sie weiß auch wie sie zu finanzieren ist. Durch den Verzicht auf

die Unternehmenssteuerreform, Wiedereinführung der Vermögensteuer oder eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften. DIE LINKE fordert den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Lasst uns gemeinsam DIE LINKE in NRW stärken, die gewerkschaftlich orientiert ist und die auch parlamentarisch in allen Kommunen und im nordrhein-westfälischen Landtag vertreten ist.

Inhalt:

Kampf um die Köpfe hat begonnen!!!

Betriebs- und Personalräte im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten der LINKEN

Bericht vom ersten gemeinsamen Treffen in Ostwestfalen-Lippe Seite 2

Rente mit 67 bleibt eines der wichtigsten Themen!

Erfolgreiche Auftaktveranstaltung im Ruhrgebiet

Betriebs- und Personalrätekonferenz, 13. Oktober 2007 Carl Essen Seite 3

Demokratie endet oftmals am Betriebstor!

Betriebs- und Personalrätekonferenz am 27. Oktober im Dortmunder Kolpinghaus

Seite 4

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt!

Erfolgreiche Konferenz in Köln Seite 5

Große Betriebsrätekonferenz in OWL - Wir müssen lernen wieder widerständiger zu werden!

Seite 6

„Konsequent für eine neue soziale Idee“

Eindrücke der Kamener Konferenz im Juno 2007

Seite 7

Impressum:

v.i.S.d.P: Martina Amman, Wahlkreisbüro Hüseyin Aydin, Mülheimerstr 57, 47058 Duisburg
hueseyin.aydin (at)
wk.bundestag.de

Anna Conrads, Landesgruppe NRW, Corneliusstr.108, 40215 Düsseldorf, landesgruppe (at) dielinke-nrw.de

Betriebs- und Personalräte im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten der LINKEN

Kampf um die Köpfe hat begonnen

* von Matthias Obenhaus

Kreis Lippe/Lage-Hörste. Mehr als zwei Dutzend Betriebs- und Personalräte aus den Gewerkschaften IG-Metall und Ver.di waren dieser Tage einer Einladung von Hans Vieregge (IGM) und Walter Brinkmann (Ver.di) zu einem Gespräch mit Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE. In den Saal des „Haus des Gastes“ zu Hörste gefolgt. Vor Ort trafen sie auf die ostwestfälische Bundestagsabgeordnete Inge Höger (Herford) und den Duisburger MdB Hüseyin Aydin, der aus seiner Zeit als IGM-Funktionär in Lippe mit guten Erinnerungen an die Region in den Luftkurort gekommen war.

Hans Vieregge machte zu Beginn der Veranstaltung deutlich, dass angesichts der Fehlentwicklungen im Arbeits- und Sozialbereich, den die Agenda 2010 mit sich gebracht habe, „das Gespräch mit Abgeordneten der Linken“ auch aus gewerkschaftlicher Sicht gesucht werden müsse.

Die Fehlentwicklungen machte anschließend Inge Höger deutlich: „Die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt und die Armut nimmt zu, was zunehmend zu einer Spaltung von ‚Stamm- und Rand-Gesellschaft‘ führt.“ Die sich aus den Hartz-Gesetzgebungen resultierenden Gefahren für die Gesellschaft habe die Linke bereits kurz nach ihrem Einzug in den Bundestag anhand einer überaus gutbesuchten Anhörung in Berlin dargestellt. „Und genau die dort vorher gesagten negativen Entwicklungen treten jetzt ein.“ Högers Zustandsbeschreibung fiel dann recht lapidar aus: „Die Arbeitnehmerbewegung insgesamt ist durch die

Hartz-Gesetze an die Wand gedrängt worden, der Nettolohn ist auf dem Stand von 1986 und die SPD hat jedesmal, wenn sie die Gelegenheit dazu hatte, gegen den Mindestlohn gestimmt, trägt ihn als Parole aber immer noch vor sich her - eine Schmierkomödie.“ Es sei dringend erforderlich, den Agenda-Kurs zu stoppen und umzukehren, so Höger.

Was nicht einfach sei, wie Hüseyin Aydin einräumte, nachdem jahrelang Parolen nach Mehrarbeit und Sozialabbau durch die Medien getrieben worden seien. Die Gewerkschaften hätten in den Jahren zwischen 2001 und 2003 kaum die Kraft



Lage-Hörste. Kamen auf Einladung von Walter Brinkmann (Ver.di) und Hans Vieregge (IGM) ins „Haus des Gastes“, um im Gespräch mit Betriebs- und Personalräten Rede und Antwort zu stehen: die Bundestagsabgeordneten der Partei DIE LINKE. Inge Höger (links, Herford) und Hüseyin Aydin (Mitte, Duisburg).

gehabt, dieser Debatte wirksam zu begegnen: „Das hat uns so richtig erwischt“, gab er zu. Es sei heute der Verdienst der Linken im Bundestag aber auch vieler linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in den Betrieben, dass diese Debatte sich langsam aber zunehmend deutlich umkehre. „Wir müssen interessenorientiert

für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agieren und Klartext reden, um diese völlig unsoziale Entwicklung zu stoppen.“

In diesem Zusammenhang werde es noch zahlreiche überregionale Betriebsrätekonferenzen, darunter sicherlich auch eine in Ostwestfalen-Lippe geben. „Der Putsch gegen den Sozialstaat kann nur von Kräften links neben der SPD und aus den Reihen der Gewerkschaften gestoppt werden“, zeigten sich Aydin und Höger abschließend kämpferisch. Die nachfolgende Diskussion berührte Themen wie „Rente mit 67“, Mindestlohn, Tarifrechte oder Privatisierung. Ein Teilnehmer formulierte es anschließend so: „Der Kampf um die Köpfe hat gerade begonnen.“

Erfolgreiche Auftaktveranstaltung im Ruhrgebiet

Betriebs- und Personalrätekonferenz, 13. Oktober 2007 Carl Essen

*von Martina Amman

Auf großes Interesse stieß die erste Veranstaltung der Betriebs- und Personalrätekonferenzen im Ruhrgebiet. Betriebliche und gewerkschaftliche Akteure aus den Bereichen Stahlindustrie, Baugewerbe, Gesundheitswesen, öffentlicher Dienst und der Gastronomie beteiligten sich am Informations- und Meinungsaustausch mit den Abgeordneten der Bundestagsfraktion. Der DGB-Vorsitzende der Region Mülheim-Essen-Oberhausen Dieter Hillebrand und von MdB Hüseyin Aydin stellten als brennendste Fragen den Arbeitsplatzabbau in der Region, die zunehmende Leiharbeit, die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohns und den Kampf gegen die Rente mit 67 in den Mittelpunkt ihrer Impulsreferate.

Der Branchensekretär der IG-BAU Holger

Vermeer berichtete über die Praktiken der Firma Bilfinger und Berger, die auf der Baustelle am Limbeker Platz in Essen

rumänische Bauarbeiter ohne Vergütung, ohne menschenwürdige Unterkünfte und ohne Verpflegung beschäftigten. Erst das spektakuläre Auftreten des Zolls und der Essener Behörden brachten die skandalösen Zustände an die Öffentlichkeit. Nach massivem Druck der IG-BAU auf den Baukonzern konnte die Versorgung der Bauarbeiter mit Lebensmitteln und erste Abschlagszahlungen schnellstens durchgesetzt werden. Der Essener Gewerkschaftssekretär wünschte sich künftig eine bessere und schnellere Unterstützung der Politik bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Aktivitäten. Über zunehmende Leistungsverdichtung, dem Einsatz von Leiharbeitern und dem Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze sprach der Betriebsratsvorsitzende von Opel Bochum, Rainer Eienkel. Im Kampf um die Arbeitsplätze hat der Bochumer Betriebsrat mit dem ständigen Streben der Betriebsleitung nach Profitsteigerung zu tun. Sehr eindrucksvoll berichtete er über phantasievolle Aktionen der Gegenwehr, an der sich die gesamte Belegschaft beteiligte.



Bild mit Unterzeile

Foto: Tralala / Flickr.com

Der Duisburger Betriebsrat der Thyssen-Krupp-Stahl AG Georg Weltzenbach schilderte die Auswirkungen der Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 für Stahlarbeiter im Schichtbetrieb. Ein späterer Renteneintritt nach langjähriger Berufstätigkeit im Mehrschichtbereich ist für die betroffenen Kollegen unzumutbar. Der Kampf um die Rücknahme der Rente mit 67 bleibt deshalb eines der wichtigsten Themen in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit beim Thyssen-Konzern.

Eine Teilnehmerin berichtete über die Schließung und Zusammenlegung von Versorgungsämtern in NRW. Die Sparmaßnahmen werden nicht nur auf dem Rücken der Angestellten durchgezogen, sondern führen obendrein auch zu einem schlechteren Service für die Kunden. Ein massiver Einbruch der Lebensqualität für die Beschäftigten ist durch mehrstündige tägliche An- und Abfahrtswege zu befürchten. Auch hier wurde die Bitte um Unterstützung an die anwesenden Politiker gerichtet.

Wolfgang Freye stellte die Arbeit der Partei DIE LINKE in kommunalen Gremien dar.

An dieser Stelle verwies auch er auf die Wichtigkeit einer engen Verzahnung und einem kontinuierlichen Meinungsaustausch zwischen Gewerkschaftern und Kommunalpolitikern.

Ingrid Kolbe schilderte die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft in der LINKEN dar. Sie berichtete über durchgeführte Konferenzen und Veranstaltungen und verwies dabei auf die ansteigende Mitgliederzahl der Arbeitsgemeinschaft.

Abschließend zog die Abgeordnete Ulla Lötzer das Fazit der Konferenz. Ulla Lötzer stellte das Manifest für eine gerechte Arbeit vor. Die darin enthaltenen sozialpolitischen Forderungen der Rücknahme der Rente mit 67, der Verhinderung der Ausweitung des Niedriglohn- und Leiharbeitssektors und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte., insbesondere bei Betriebsänderungen und in wirtschaftlichen Angelegenheiten sind wichtige Themen in der Arbeit der Bundestagsfraktion sein. Mit einem „Manifest für gute Arbeit“ hat die Fraktion ihre Alternativen zusammengefasst.

Programm und Ablauf der Essener Personal- und Betriebsrätekonferenz

Samstag, den 13. Oktober 2007
10.30 – 16.15 Uhr in der Zeche
Carl Essen, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100

Programm

10.30 – 10.45 Uhr :
Eröffnung und Begrüßung
Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE.

10.45 – 11.15 Uhr : Anforderungen der Gewerkschaften an Landes- und Bundespolitik:
Dieter Hillebrand, Vorsitzender der DGB-Region Mülheim-Essen-Oberhausen

Hüseyin Aydin, MdB – Zur Politik der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

11.30 – 12.45 Uhr : Diskussion
12.45 – 13.30 Uhr : Mittagspause
13.30 – 14.45 Uhr : Erfahrungen und Probleme aus den Betrieben

Podiumsdiskussion:
Wolfgang Freye – stellvertr. Betriebsratsvorsitzender Kennametal WIDIA, Essen

Ingrid Kolbe – AG Betrieb und Gewerkschaft, DIE LINKE

Georg Weltzenbach – Betriebsrat Thyssen-Krupp-Stahl, Duisburg

Reiner Eienkel – Betriebsratsvorsitzender Opel Bochum

Holger Vermeer – Branchensekretär Bauhauptgewerbe IG-BAU, Büro Essen
Moderation: Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE.

14.45 – 16.00 Uhr : Diskussion

16.00 – 16.15 Uhr : Schlusswort : Ulla Lötzer, MdB DIE LINKE.

Sie bekräftigte die feste Absicht, einen regelmäßigen Kontakt zwischen Vertrauensleuten, Gewerkschaftern, Betriebsräten, Kommunalpolitikern und Abgeordneten der Fraktion zu organisieren. Der Informations- und Diskussionsbedarf auf beiden Seiten muss und wird zur Fortsetzung von gemeinsamen Veranstaltungen wie dieser erfolgreichen Konferenz führen. Beide Seiten betonten indes, dass dieser Austauschprozess auch auf der Ebene von Gesprächskreisen unterfüttert werden kann.

Programm und Ablauf der Personal- und Betriebsrätekonferenz in Dortmund

**Samstag, den 27. Oktober 2007
11.00 – 16.45 Uhr
im Kolpinghaus Dortmund
Silberstrasse 24-26**

**11.00 – 11.15 Uhr: Eröffnung und Begrüßung
Ulla Jelpke, MdB DIE LINKE**

**11.15 – 12.00 Uhr : Anforderungen der Gewerkschaften an Landes- und Bundespolitik
Manfred Sträter – Geschäftsführer NGG Dortmund
Hüseyin Aydin, MdB DIE LINKE.**

12.00 - 13.15 Uhr : Diskussion

13.15 – 14.00 Uhr : Mittagspause

**14.15 – 15.15 Uhr : Erfahrungen und Probleme aus den Betrieben
Podiumsdiskussion mit:
D. Köhler – Betriebsrat Fa. Felix
M. Pestke – Personalrätin, Kreis Recklinghausen
Moderation:
Katharina Schwabedissen, Landesvorstand NRW DIE LINKE**

15.15 – 16.30 Uhr : Diskussion

**16.30 – 16.45 Uhr: Schlusswort:
W. Zimmermann, DIE LINKE - NRW**



Aktionen gegen die Rente mit 67 vor Thyssen in Duisburg

Demokratie endet oftmals am Betriebstor!

Betriebsräte der NGG, verdi und IG Metall sind am 27. Oktober der Einladung der Fraktion DIE LINKE. ins Dortmunder Kolpinghaus zu einer Betriebsrätekonferenz gefolgt.

**von Chris Seyda*

Schon nach der Runde der Eingangstatements wurde klar, dass es in wesentlichen Fragen Konsens zwischen der LINKEN und den Gewerkschaften gibt. Ulla Jelpke, MdB aus Dortmund, betonte noch einmal die Notwendigkeit eines Mindestlohns und beschrieb die drastische Situation von rund einer halben Million Menschen, die zusätzlich zu ihren Hungerlöhnen Hartz IV beziehen müssten: „Das muss endlich ein Ende haben. Deshalb erklären wir natürlich auch den KollegInnen von verdi die just in diesem Moment draußen für Einkommenssteigerungen im Einzelhandel, u.a. für ein Mindesteinkommen von 1500 Euro protestieren unsere vollste Solidarität aus.“

Gemeinsame Ziele mit der LINKEN

Auch Manfred Sträter von der NGG und Hüseyin Aydin MdB strichen in ihren Statements viele Gemeinsamkeiten in den Forderungen der DGB - Gewerkschaften und der LINKEN heraus. „Neben dem Kampf für einen Mindestlohn, gegen Kinderarmut und gegen die Rente mit 67, geht es auch darum dass Erwerbslose und ArbeitnehmerInnen nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden. Wir als LINKE wollen die Regelsätze erhöhen, Hartz IV abschaffen und einen öffentlichen Beschäftigungssektor mit ordentlichen sozialversicherungspflichtigen Löhnen schaffen und da stimmen wir mit den Gewerkschaften überein,“ so Hüseyin Aydin. Sträter beschrieb außerdem ein spürbares „Klima der Angst“, in dem die gewerkschaftliche Mobilisierung der KollegInnen immer schwieriger werde. Es müsse Überzeugungsarbeit geleistet werden, damit sich die ArbeitnehmerInnen wieder in Gewerkschaften organisierten. Unsere Kollegen werden an die Klippe getrieben!“ unterstrich der NGG Geschäftsführer aus Dortmund die dramatische Situation in den Betrieben. Kritische Worte fand er vor allem gegenüber dem alten Bündnispartner der Gewerkschaften. Dem von der SPD immer wieder beschworenen „Schulterschluss“ setzte er ein Zitat von Huber entgegen: „Ihr habt uns verletzt und es wird lange dauern, bis die Wunden verheilt sind.“

Wir brauchen höhere Steuern für Reiche, ausreichend Betriebsprüfer, die Anhebung der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Die Mehrwertsteuererhöhung sei ein Umverteilungsinstrument von unten nach oben. „Immer mehr Menschen werden aus der Allgemeinheit ausgestoßen.“ „Es geht nicht nur um eine Erhöhung des ALG I, sondern um eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Einführung der Hartz Gesetze unter der rot/grüne Regierung Schroder habe einen tiefen Keil zwischen die ArbeitnehmerInnen geschlagen. „Es muss endlich wieder umverteilt werden.“

Leiharbeit ersetzt reguläre Beschäftigung

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, mit welchen Schwierigkeiten und Blockaden viele Betriebsräte zu kämpfen haben, wenn sie versuchen, die Beschäftigten in diesem Klima der Angst zu organisieren und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen. „Die Demokratie endet oftmals schon an der Schranke zum Werktor,“ erklärte der Betriebsrat einer Süßwarenfirma. „Für die Menschen wird es immer schwieriger ihre Rechte am Arbeitsplatz wahrzunehmen. Der Beitritt zu einer Gewerkschaft führt eindeutig zu einer Gefahr für den Arbeitsplatz. Es werden immer mehr LeiharbeiterInnen eingestellt, Solidarität wird zum Fremdwort.“

Auch die Betriebsrätin einer Drogeriemarktkette bestätigte das: „Die Mobilisierung eingeschüchterter MitarbeiterInnen ist unglaublich schwer. Umso stolzer bin ich, dass wir neulich mit 80 KollegInnen vier Tage lang für mehr Sicherheit unserer Arbeitsplätze gestreikt haben. Die Läden waren somit komplett geschlossen. Am Anfang waren wir nur zehn.“

Klares Zeichen gegen Privatisierung

Martina Pestke, Personalrätin im Kreis Recklinghausen brachte noch einen weiteren Faktor in die Diskussion ein: „Durch drastische Kürzungen und Privatisierungen in Teilbereichen der öffentlichen Verwaltung wird auch hier der Druck auf die Beschäftigten erhöht. ‚Privat vor Staat‘ ist das angesagte Motto, dass durch „Public Private Partnership“ umgesetzt wird.“ Dahinter steckt eine Verflechtung zwischen Privatwirtschaft und den Kommunen, womit diese sich den privatwirtschaftlichen Interessen, eben der Gewinnmaximierung, unterwerfen. Hier sei eine klare ablehnende Haltung der Politik zu Privatisierungen gefragt.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

Unter diesem Motto haben mehr als 70 Betriebs- und Personalräte sowie Gewerkschafter aus dem Rheinland am 24.11.2007 an der regionalen Betriebsrätekonferenz der Bundestagsfraktion Die LINKE in der Kölner Alten Feuerwache teilgenommen.

*von Kemal Bozay

Zu Recht betonte Wolfgang Zimmermann, Landessprecher der Linken in NRW und ver.di-Funktionär, dass DIE LINKE gerade in dieser Zeit die Gewerkschaften stärker braucht. In seiner Begrüßung formulierte er den Anspruch, dass DIE LINKE in NRW sich als Partei für die Beschäftigten und die Gewerkschaften versteht. Die Kölner Bundestagsabgeordnete und zugleich „ruhende“ Gewerkschafterin Ulla Lötzer stellte in ihrem Impulsreferat die parlamentarischen Initiativen der Linksfraktion im Bundestag vor und setzte den Fokus auf den Widerstand gegen die Erhöhung des Rentenalters, gegen die Ausdehnung eines Niedriglohn- und Leiharbeitersektors und für einen gesetzlichen Mindestlohn. Einen wichtigen Platz nahm in ihrer Rede von Lötzer das „Manifest für eine gerechte Arbeitswelt“ ein, welche als neue Initiative der LINKEN im Bundestag sich für menschenwürdigere Arbeitsverhältnisse einsetzt. Weiterhin zog sie vor dem Hintergrund der Querelen um den Mindestlohn in der großen Koalition eine Zwischenbilanz der Mindestlohnkampagne 8 + und kündigte deren Fortsetzung auch in NRW an.

Solidarität mit den Lokführern

Im Anschluss ergriffen zahlreiche Kolleginnen und Kollegen, beispielsweise von Renault Trucks in Brühl, Rösrather Möbelzentrum, Arbeitsagentur Köln, Druckerei Bachen u.a. das Wort und berichteten über ihre eigenen Alltagserfahrungen im Betrieb. Das Spektrum der betrieblichen Erfahrungsberichte reichte von den ausufernden Sonntagsöffnungen in den Möbelgroßmärkten des Kölner Umlands über die tarifrunde im Einzelhandel bis hin zu Entlassungsplänen im Kölner Druckgewerbe. Auch die Kollegen von GdL erhielten die Möglichkeit ihr Anliegen vorzustellen und um Solidarität zu werben.



Gewerkschaftsprotest gegen die Rente mit 67

So wurde auf der Konferenz eine Resolution zum GdL – Streik verabschiedet. Der gesetzliche Mindestlohn wie auch die Begrenzung der Leiharbeit und eine Politik für öffentliche Beschäftigung waren auch für den DGB – Regionsvorsitzenden Wolfgang Uellenberg von Dawen die

wichtigsten Gemeinsamkeiten in seinem weit über den üblichen Rahmen eines Grußwortes weit hinausgehenden Beitrag. Wenig konnte Uellenberg allerdings mit der Forderung der LINKEN nach dem Recht auf politischen Streik anfangen, die auch in der nachfolgenden

Debatten nicht die zentrale Rolle spielte. Wolfgang Hensen, zuständig als Sekretär der IGM Köln für die Zeitarbeitsfirmen, kritisierte die Missbräuche der Kölner Zeitarbeitsfirmen und berichtete, dass allein in Köln 13.000 der 400.000 Beschäftigten bei einer Zeitarbeitsfirma angestellt – nahezu jeder zweiter von ihnen sei auf zusätzliche Unterstützung des Sozialamtes angewiesen.

Begrenzung der Leiharbeit im Zentrum

Im Mittelpunkt der abschließenden Podiumsdiskussion mit Personal- und Betriebsräten aus der Region stand die Begrenzung der Leiharbeit und die Formen des Widerstands. Neben den Berichten über (Teil-)erfolge betrieblicher Auseinandersetzungen z.B. in einer Kunststofffabrik in der Eifel stand die Forderung nach politischer Unterstützung gegen die betrieblich kaum zu stoppende Ausweitung der Leiharbeit im Fokus der Diskussion: Gesetzliche Beschränkungen der Leiharbeit wie auch der Tarifflicht durch Ausgründung von internen Dienstleistungsgesellschaften (sog. „Inhouse - Leiharbeit“) in Großbetrieben tun not. Ford-Betriebsrat Ali Cicek sprach von sog. „Randbelegschaften“, die zu ungleich schlechteren Bedingungen die gleichen Jobs verrichten würden wie die Stammbeflegschaft und somit auch in

den Betrieben Mitarbeiter zweiter Klasse entstehen. Ebenso braucht der Widerstand gegen die von den Sparplänen der Landesregierung beförderte Tendenz zur Privatisierung bzw. Ausgründung von einzelnen Abteilungen, wie etwa an der Uniklinik in Düsseldorf. Die stellvertretende Personalratsvorsitzende der Uni-Klinik Düsseldorf, Zeynep Dere berichtete, dass die Unternehmensleitung selber ein Tochterunternehmen gegründet hat, um Leiharbeit zu forcieren und somit auch eine Spaltungspolitik zu betreiben. Als Schlussfolgerung für gut fünfstündige Veranstaltung in der Alten Feuerwache hob der Bundestagsabgeordnete Hüseyin Aydin hervor: Den Worten werden Taten folgen, und zur Vorbereitung der Fortsetzung braucht es eine Verbesserung der Koordination der regionalen Aktivitäten in Betrieb und Gewerkschaft. Daher sei es wichtiger denn je, die gewerkschaftspolitischen Forderungen auch durch die Gründung von regionalen Arbeitsgruppen für Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit weiter zu stärken.

Programm Konferenz Rheinland

24. November 2007, 11.00 – 16.00 Uhr, Alte Feuerwache Köln, Melchiorstr. 3

11.00 – 11.15 Uhr : Eröffnung und Begrüßung **Wolfgang Zimmermann**, Landessprecher DIE LINKE. NRW
11.15 – 11.45 Uhr : Gute Arbeit – Gutes Leben Manifest für eine gerechte Arbeitswelt **Ulla Lötzer**, MdB DIE LINKE.
11.45 - 12.15 Uhr : Diskussion
12.15 – 13.00 Uhr : Mittagspause
13.00 – 13.45 Uhr : Die Schwerpunkte der Gewerkschaften in der Region
Dr. Wolfgang Uellenberg van Dawen, DGB-Vorsitzender in der Region Köln-Leverkusen-Erft-Berg
14.00 – 15.45 Uhr: Podiumsdiskussion: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
Statt ausgeliehen und ausgenutzt!
mit: **Ernst Busch**, Geschäftsführer NGG, Köln
Hermann-Josef Bünnagel, Betriebsrat CEWO, Kall
Dursun Ali Cicek, Betriebsrat Ford, Köln
Zeynep Dere, stellvertretende Personalratsvorsitzende der Uniklinik, Düsseldorf
Siegfried Faust, LAG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE., Jülich
Hans Decruppe, Fachanwalt für Arbeitsrecht, Köln

16.00 – 16.15 Uhr : Schlusswort: **Hüseyin Aydin**, MdB DIE LINKE.

„Prekäre Arbeit in Deutschland“ Große Betriebsrätekonferenz in OWL!

Bielefeld/OWL. „Großer Bahnhof“ auf der ersten Betriebs- und Personalrätekonferenz der Bundestagsfraktion „DIE LINKE“ für Ostwestfalen-Lippe: IG-Metall-Urgestein Horst Schmitthenner hatte es sich ebenso wenig nehmen lassen wie die Sozialwissenschaftlerin Gisela Notz zum Thema „Prekäre Arbeit in Deutschland“ in großer Runde Stellung zu beziehen.

Mehr als 70 Personal- und BetriebsrätInnen sowie Vertretungen aus Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Betrieben waren nach Bielefeld in die Ravensberger Spinnerei gekommen, wo auch Astrid Bartols (DGB), Reinhard Seiler (IG Metall) und Dirk Töpfer (Ver.di) Platz auf dem Podium im Historischen Saal genommen hatten. Eingeladen zu dieser Veranstaltung hatte die Landesgruppe NRW der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Vor Ort dabei waren die Abgeordnete Inge Höger aus Herford und ihr Fraktionskollege Hüseyin Aydin aus Duisburg. NRW-Landessprecher Wolfgang Zimmermann moderierte die Runde.

Gisela Notz eröffnete den Reigen der Vorträge und ging insbesondere auf die schwierige Situation der Frauen ein. Gerade diese befänden sich in besonderem Maße in prekären Beschäftigungsverhältnissen, was schon im Teilzeitbereich erkennbar wäre, der von Frauen dominiert würde. „Aber das nicht etwa, weil Frauen in der Regel Teilzeit arbeiten wollten, sondern weil es an Vollzeitstellen mangelt.“ Konsequenz daraus seien drastische Einbußen auch bei den Renten. Schon heute seien rund 30 Prozent der Rentnerinnen und Rentner von Altersarmut bedroht. „Von Arbeit“, so Notz, „muss man aber leben können – Frauen eben auch. Deshalb brauchen wir einen einheitlichen Mindestlohn, der dieses erlaubt.“ Zudem plädierte sie für Arbeitszeitverkürzungen und die Stärkung der Mitbestimmungsrechte. „Ich sage es einmal wie seinerzeit die Rockgruppe ‚Ton-Steine-Scherben‘: Ich will einen Job, und ich will was dafür sehen!“



Wolfgang Zimmermann, Inge Höger, MdB und Barbara Schmid in Bielefeld

Horst Schmitthenner nahm insbesondere den Bereich der Leiharbeit ins Visier. Leider sei diese Form der Arbeit nicht einfach wieder aus der Welt zu schaffen, auch wenn man dies zumindest bei der Linken in Berlin politisch versuche. Daher müsse man auch auf betrieblicher Ebene dagegen angehen.

Betriebsräte sollten im eigenen Unternehmen sich zunächst einmal einen Überblick verschaffen, in welchem Umfang und in welcher Form Leiharbeit Platz gegriffen habe. Danach sei eine Information der Belegschaft wichtig und eine Organisation der Leiharbeitskräfte. Betriebliche Aktionen bis hin zu Betriebsvereinbarungen müssten die Folge sein: „Und dann immer am Ball bleiben“, rief Schmitthenner den Zuhörern zu, „denn Leiharbeit ist eine prekäre Beschäftigungsform mit hohem Risiko.“

Nach Astrid Bartols, die die immer weiter steigende Zahl der Aufstocker (also Menschen, die trotz Beschäftigung von ihrem Lohn nicht mehr leben können) einen Skandal nannte, widmete sich auch Reinhard Seiler (IGM) dem Problem der Leiharbeit. In Lippe sei es gelungen, ein gemeinnütziges Leiharbeitsunternehmen aufzubauen, dessen Ziel die Integration der Mitarbeiter in den ersten Arbeitsmarkt sei und das die Menschen nach den jeweils geltenden Branchenarbeitsverträgen entlohne.

Für eine andere, angstfreie Gesellschaft

Zudem gehe man inzwischen dazu über, auch mit anderen Leiharbeitsfirmen Tarifverträge abzuschließen. Wichtig aber sei, flankierend auch in den Betrieben Vereinbarungen abzuschließen, etwa über Quotierungen.

Für Dirk Töpfer habe die Leiharbeit erst in den letzten beiden Jahren zunehmend im Fokus gestanden, ließ er das Publikum wissen, doch nunmehr hätten besonders Medienunternehmen auf recht drastische Art und Weise davon Gebrauch gemacht.

Ein großes Gütersloher Medienhaus unterhalte gar eine eigene Leiharbeitsfirma „und verleiht damit die Leute an sich selber“, andere Zeitungsunternehmen gingen inzwischen auch einen ähnlichen

„Prekäre Arbeit in Deutschland“

Ablauf der Betriebs- und Personalrätekonferenz

Der Landesgruppe NRW der Partei DIE LINKE., Freitag, 18. April 2008, Ravensberger Spinnerei in Bielefeld

Unter dem Motto „Prekäre Arbeit in Deutschland“ ging es in dieser Tagung darum, die aktuellen Arbeitsbedingungen zu analysieren und Gegenstrategien auszutauschen.

ReferentInnen:

- Horst Schmitthenner, IG Metall-Vorstand, Frankfurt
- Gisela Notz, Sozialwissenschaftlerin, Berlin
- Astrid Bartols, Regionsvorsitzende DGB Paderborn-Lippe-Höxter
- Reinhard Seiler, 1. Bevollmächtigter der IG Metall, Detmold
- Dirk Töpfer, Gewerkschaftssekretär ver.di Fachbereich Medien, Bielefeld

Der Landessprecher der LINKEN.NRW, Wolfgang Zimmermann, stellte sich gleichfalls der Diskussion. Die Bundestagsabgeordneten Inge Höger, Herford, und Hüseyin Aydin, Duisburg, stellten die Aktivitäten der Linksfraktion zu Mindestlohn und Leiharbeit sowie zur Verbesserung der Mitbestimmung vor.

Weg. Töpfer plädierte dafür, dass auch die Betriebsräte der Stammbeschäftigten dieser Dinge annehmen müssten. In der nachfolgenden Diskussion fasste Astrid Bartols die Situation noch einmal so zusammen: „Jeder kämpft und ‚stirbt‘ derzeit für sich allein, Solidarität ist ein Fremdwort geworden. Wir müssen wieder lernen, widerständiger zu sein.“ Inge Höger und ihr Bundestagskollege Hüseyin Aydin forderten abschließend ein gemeinsames Vorgehen von Politik, Gewerkschaften und sozialen Verbänden „für eine andere, angstfreie Gesellschaft.“

Kamen ist für die Linken der Mittelpunkt von NRW Bericht aus der Westfälischen Rundschau über die Kamener Betriebsrätekonferenz, von Susanne Dreisbach

auch unter: <http://www.derwesten.de/nachrichten/staedte/kamen/2007/6/3/news-1083503/detail.html>

Heeren-Werve. Weil Kamen so ziemlich in der Mitte von Nordrhein-Westfalen liegt, hat es die Linkspartei als Veranstaltungsort für ihre Betriebsrätekonferenz am Samstag auserkoren. Der Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi und DGB-Landesvorsitzender Guntram Schneider

„Wir sind natürlich für den Abbau von Arbeitslosigkeit“, erklärte Gysi vor etwa

80 Gewerkschaftlern, Betriebs- und Personalräten, „aber die Masse von Mini-Jobs und Zeitarbeitsplätzen, die die Regierung Merkel hervorbringt, ist indiskutabel.“ Sie

führten nämlich dazu, dass die Tarifföhne für reguläre Jobs gesenkt würden.

Ein weiterer Punkt in Gregor Gysis Kritik an der schwarz-roten Regierung betraf die Familienpolitik. Es sei eine „Unverschämtheit“, dass einerseits gefordert werde, mehr Kinder auf die Welt zu bringen, aber andererseits nicht mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt würden. Desweiteren forderte der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag ein einheitliches Bildungssystem - vor allem vor dem Hintergrund, dass von Berufstätigen eine immer größere Wohnortflexibilität verlangt werde. „Das bedeutet, dass Eltern gezwungen werden, verantwortungslos zu handeln, wenn ihre Kinder durch die Umzüge drei, vier verschiedene Bildungssysteme durchlaufen müssen.“

Die Einladung der Gewerkschaftler nach Kamen sprach die Linkspartei nur wenige Tage vor der offiziellen Parteineugründung mit der WASG aus, die am 16. Juni in Berlin erfolgen soll. Nach der Sommerpause sollen noch vier weitere Konferenzen in Nordrhein-Westfalen mit Betriebsräten und Gewerkschaftlern stattfinden. Diese Treffen sind zweifach motiviert:

Einerseits will man dadurch die Gleichstellung von Ost und West - auch bei der Förderung strukturschwacher Regionen - stärker betonen, andererseits sucht die Linkspartei eine stärkere Bindung zu den Gewerkschaften, die „bei der WASG viel stärker ist und bei uns immer sehr künstlich war“, wie Gysi erklärte

Mit dem Zusammenschluss beider Parteien wolle man zwar nicht das Ende

der SPD einläuten - „die SPD gibt es schon seit über 100 Jahren und sie wird es auch noch in 100 Jahren geben“ - doch soll sie „Druck von links kriegen“.

Einer Partei ganz am anderen Ende des politischen Spektrums sagte

Gysi weit rigoroser den Kampf an: „Die NPD ist verfassungswidrig. Was sie will, hat nichts mit dem Grundgesetz zu tun. Sie muss verboten werden.“ Schon sein Vorredner Guntram Schneider hatte gefordert: „Wir müssen der NPD die Legitimation entziehen. Auch in den Gewerkschaften gibt es viele, die anfällig sind für die Versprechen dieser Partei.“

Die Gefahr, die von ihr ausgehe, werde verkannt, solange sie bei Wahlen kandidieren dürfe. Schneider warnte vor der Taktik der Rechten, durch Hartz IV-Beratungen und die Finanzierung von Schulbüchern neue Anhänger zu finden. Dass die Rechten tatsächlich versuchen, am ganz linken Rand zu fischen, hat auch Kamen schon erlebt: Als polizeibekannte Rechte vor wenigen Wochen die Sesekestadt zur Kulisse ihrer Demonstration auswählten, schrieben sie sich „Kapitalismuskritik“ auf die Fahnen.



Gregor Gysi mit Hüseyin Aydın auf der Kamener Konferenz

Konsequent für eine neue soziale Idee - Betriebsrätekonferenz in Kamen, 02.06.2007

11:00 Uhr Einleitung
Hüseyin Aydın, MdB DIE LINKE.

11:15 Uhr „Konsequent für eine neue soziale Idee“

Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender DIE LINKE.

11:40 Uhr Nachfragen und Diskussion

12:05 Uhr Die Kritik der Gewerkschaften an der Sozial- und Beschäftigungspolitik der Bundesregierung

Guntram Schneider, Vorsitzender DGB - Landesbezirk NRW

12:30 Uhr Nachfragen und Diskussion

12:55 Uhr Mittagspause
(Geplant: Pressekonferenz mit **Gregor Gysi und Guntram Schneider**)
Block II

13:45 Uhr Betriebsräte berichten aus der Praxis -

Anforderungen an DIE LINKE.

Rainer Einenkel, Betriebsrats-Vorsitzender Opel Bochum

Alexandra Willer, Personalratsvorsitzende Uni-Klinik Essen

Walter Brinkmann, Betriebsrat Telekom, ver.di Detmold

Siegfried Faust, Sprecher AG betrieb & gewerkschaft DIE LINKE.NRW

Gaby Droest, Betriebsrätin Gewerkschaft NGG

14:45 Uhr Der Kampf gegen prekäre Beschäftigung und

für Beschäftigungssicherung

Ulla Lötzer, MdB DIE LINKE.

15:10 Uhr Diskussion im Plenum

15:40 Uhr Schlusswort

Hüseyin Aydın, MdB DIE LINKE.